

ANLAGE

Vorblatt zum Frühwarndokument

Vorhaben:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1301/2013 und (EU) Nr. 508/2014 im Hinblick auf spezifische Maßnahmen zur Mobilisierung von Investitionen in die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten und in andere Sektoren von deren Volkswirtschaften zur Bewältigung des COVID-19-Ausbruchs (Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise)
KOM-Nr.:	COM (2020) 113 final
BR-Drucksache:	140/20
Federführendes Ressort/Aktenzeichen:	Für VOen 1301/2013 in Verbindung mit 1301/2013: MWVATT Für 508/2014: MELUND
Zielsetzung:	Der Entwurf soll in den Mitgliedstaaten Investitionen durch die Bereitstellung verfügbarer Liquiditätsreserven im Rahmen der europäischen Struktur- und Investitionsfonds ermöglichen, um die wirtschaftlichen Folgen des COVID-19-Ausbruchs zu bewältigen.
Wesentlicher Inhalt:	Den Mitgliedstaaten wird durch die vorgeschlagenen Änderungen die Verwendung von 2020 nicht wiedereinzuziehenden Beträgen des EFRE, des ESF, des Kohäsionsfonds sowie des EMFF zur Ankurbelung von Investitionen im Zusammenhang mit dem COVID-19-Ausbruch ermöglicht. Im EFRE soll zudem die Finanzierung von Betriebskapital für KMU als vorübergehende Maßnahme zur wirksamen Reaktion auf eine Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit zugelassen werden. Im EFRE sollen Investitionen in Produkte und Dienstleistungen ermöglicht werden, die zur Stärkung der Krisenreaktionskapazitäten im

	<p>öffentlichen Gesundheitswesen erforderlich sind. Möglichweise erforderliche Programmänderungen sollen möglichst ohne Genehmigung der EU Kommission ausgestaltet werden, um die Umsetzung zu beschleunigen.</p>
<p>Vorläufige Einschätzung zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (bei Bedenken: kurze Begründung):</p>	<p>Keine Bedenken.</p>
<p>Besonderes schleswig-holsteinisches Interesse?:</p>	<p>Eine Einziehungsanordnung für nicht eingesetzte Mittel im EFRE Schleswig-Holstein war für 2020 nicht zu erwarten, so dass die eröffnete Möglichkeit des Einsatzes dieser Mittel für das Gesundheitswesen keine Option ist.</p>
<p>Zeitplan für die Behandlung:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Bundesrat b) Rat: c) ggf. Fachministerkonferenzen, etc. 	